

Drucksachenummer (DS-Nr.): 16.0151

Antrag vom 02.12.2014

Beratungsfolge:

Gremium	Termin
Kreis- und Finanzausschuss	08.12.2014
Kreistag	15.12.2014

**Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke/Piraten
betr. Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr**

Sehr geehrter Herr Landrat,

zur Kreistagssitzung am 15. Dezember 2014 stellen wir folgenden Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, die Einführung eines fahrscheinlosen, umlagefinanzierten Busverkehr/ÖPNV im Kreis Paderborn auf Machbarkeit zu prüfen, wobei umlagefinanziert bedeutet, dass z.B. eine jährliche Abgabe pro Haushalt, eine Nahverkehrsabgabe oder andere gemeinschaftlich finanzierte Modelle, die eine soziale Staffelung berücksichtigen müssen, untersucht wird.

Dafür sind im Haushalt 35.000,-- Euro zur Verfügung zu stellen.

Alternativ wird die UNI Paderborn im Rahmen der schon geleisteten Wirtschaftsförderung damit beauftragt.

Begründung

Mobilität durch den ÖPNV ist eine grundlegende öffentliche Leistung des Kreises Paderborn und der Stadt, auf die viele Einwohnerinnen und Einwohner täglich angewiesen sind, um zur Arbeit, zur Schule, zu freizeithlichen Aktivitäten zu kommen oder sonstige Besorgungen durchführen zu können. Mobilität ist allgemein eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Die Einführung eines fahrscheinlosen Busverkehrs würde die Hürde zur Nutzung des

ÖPNV bei vielen Menschen deutlich verringern und hätte damit das Potenzial einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) beizutragen. Die positive Folge wäre eine Steigerung der Fahrgastzahlen und Nutzung der Busse sowie eine Verminderung der Umweltbelastung durch Senkung des gesamten Verkehrsaufkommens im Kreis. Dies käme wiederum dem Klimaschutzkonzept des Kreises Paderborn entgegen, hier könnte der Kreis Paderborn ein weiteres Mal eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen.

Diese Auswirkungen entfaltet die Idee des fahrscheinlosen ÖPNV nur dann, wenn er umlagefinanziert wird. Denn erst dann werden Verkehrsteilnehmer, die bisher den MIV nutzten, stärker den ÖPNV nutzen. Zum umlagefinanzierten fahrscheinlosen ÖPNV gibt es unterschiedliche Konzepte, die jedoch alle eine soziale Staffelung beinhalten müssen. Denn insbesondere für Geringverdiener oder Hilfeempfänger (SGBII/SGBXII) fallen die Kosten für Mobilität ins Gewicht und erschweren die gesellschaftliche Teilhabe. Um auch diesen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, muss eine soziale Staffelung der individuellen Belastung bei der Umlagefinanzierung vorgesehen werden.

Auf der Website www.freepublictransports.com sind temporär und dauerhaft umgesetzte Beispiele von fahrscheinlosem ÖPNV beschrieben und nachzuschlagen. Des Weiteren werden Initiativen aufgelistet und erläutert, die ein gleichartiges Ziel verfolgen.

gez.
Karlheinz Prowald
Fraktionsvorsitzender